

**Romani Rose,
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma**

**INTERPARLIAMENTARY COMMITTEE MEETING
Grundrechtsaspekte der INklusion von Roma und die Bekämpfung des Antiziganismus
Brüssel, 18 Oktober 2018**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Moraes,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich danke dem Europäischen Parlament für diese wichtige Initiative, um die Bekämpfung des Antiziganismus und die Wahrung der Grundrechte von Sinti und Roma mit Parlamentsabgeordneten aus ganz Europa zu diskutieren.

Die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung des Antiziganismus von Oktober 2017 ist von grundlegender und wegweisender Bedeutung für Sinti und Roma in Europa. Zum ersten Mal wurde umfassend der Antiziganismus als die Ursache für Hass, Gewalt, Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung benannt, von der große Teile der Minderheit unmittelbar betroffen sind. Der Antiziganismus ist ebenso wie der Antisemitismus seit Jahrhunderten in der europäischen Geschichte tief verwurzelt. Er äußert sich als rassistisches Vorurteil in der Bevölkerung, als Enthumanisierung, als rassistische Gewalt, wie auch als struktureller Rassismus in vielen Institutionen der europäischen Staaten.

Dieser Antiziganismus, diese spezifische Form von Rassismus, verhindert eine gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Wenn wir über die desolate Wohnsituation oder die in weiten Teilen schlechte Bildungssituation und die Segregation von Roma in Schulen sprechen, dann müssen wir diese vielfach dokumentierten Benachteiligungen als das begreifen, was sie sind: nämlich als materiell gewordenen Rassismus.

In vielen Ländern Europas wurden und werden oftmals bis heute Roma als ein sogenanntes soziales Problem behandelt und damit stigmatisiert, was Regierungen im Rahmen von sogenannten Armutsstrategien dann zu lösen versuchten. Solche Ansätze ignorieren und leugnen oft den zugrunde liegenden Antiziganismus und tragen gerade dazu bei, den Kreis von Ausgrenzung und Rassismus zu reproduzieren. Den Opfern des strukturellen Rassismus wird selbst die Schuld an ihrer desolaten Lage zugeschrieben.

Die aktuellen Evaluationen der europäischen Rahmenstrategie für Roma zeigen deutlich, dass die Bekämpfung der Wirkungsmechanismen des Antiziganismus eine zentrale Voraussetzung ist, damit Inklusions- und Antidiskriminierungsprogramme zum Erfolg führen.

Die Bekämpfung des Antiziganismus ist nicht zuerst die Aufgabe der Minderheit selbst. Es ist die Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Institutionen; es ist die Aufgabe der europäischen Institutionen und der europäischen Staaten, denn Sinti und Roma sind gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger ihrer Heimatländer.

In der politischen Auseinandersetzung mit dem Antiziganismus gibt es Fortschritte. Gleichzeitig ist die Ablehnung von Sinti und Roma in der Bevölkerung nach wie vor extrem, wie Untersuchungen der Europäischen Grundrechte Agentur oder der deutschen Antidiskriminierungsstelle des Bundes

zeigen. Diese Ablehnung, die zusammen mit dem seit Jahren anwachsenden extremen Nationalismus immer gewaltbereiter wird, bedroht zunehmend die Minderheit in nahezu allen europäischen Ländern.

In Deutschland wie in Europa sind Sinti und Roma zunehmender Gewalt ausgesetzt. Vor einer Woche wurde der 17-jährige Junge Goszko in Montana in Bulgarien ermordet, als er mit seinem Großvater beim Heusammeln war. In Berlin schoss diesen Sommer ein Mann auf spielende Roma Kinder im Nachbarhaus. Die Liste an derartigen Gewalttaten gegen Roma in den letzten Jahren ist lang. Die Strafverfolgung und Justiz muss diese Fälle richtig untersuchen und die antiziganistischen Motive der Hassgewalt berücksichtigen und benennen.

In Italien muss die vom dortigen Innenminister Matteo Salvini angekündigte Sondererfassung von Sinti und Roma als gezielten Vorstoß gewertet werden, um die Grenzen des italienischen Rechtsstaats aufzulösen. Es folgt in der Tradition faschistischer Regime, zuerst die Vertreibung von Migranten aus Italien und dann die Ausgrenzung von nationalen Minderheiten aus der Staatsbürgerschaft voranzutreiben. Roma mit italienischem Pass müsse man "unglücklicherweise behalten", hatte der italienische Innenminister erklärt.

In der deutschen Metropole Duisburg hat gerade vor wenigen Wochen der dortige Oberbürgermeister die Diskussion um den angeblichen Missbrauch der Sozialsysteme rassistisch aufgeheizt. Er erklärte zuerst, dass kriminelle Schlepperbanden Roma aus Rumänien nach Duisburg bringen würden und äußerte dazu mehrfach in verschiedenen öffentlichen Statements: *"Ich muss mich hier mit Menschen beschäftigen, die ganze Straßenzüge vermüllen und das Rattenproblem verschärfen."*

Wer sich mit der deutschen Geschichte befasst hat, der weiß, dass die Nazis dieses Bild von "Ratten" systematisch gegen Juden propagiert hatten. Diese Verbindung von „Rattenproblem“ mit Vorwürfen gegen die Minderheit baut Hass in unserer Gesellschaft auf und macht Sinti und Roma zur Zielscheibe eines potentiell gewaltbereiten Antiziganismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über Antiziganismus kann nicht gesprochen werden, ohne dessen extremste und radikalste Form, die Vernichtung von 500.000 Sinti und Roma im Holocaust, zum Zentrum des Nachdenkens zu machen. Der nationalsozialistische Staat sprach den Angehörigen unserer Minderheit auf der Grundlage einer menschenverachtenden Rassenideologie kollektiv und endgültig das Existenzrecht ab, nur weil sie als Sinti oder Roma geboren waren. Schon die berühmten *Nürnberger Rassengesetze* von 1935 fanden auf Sinti und Roma ebenso Anwendung wie auf jüdische Menschen. Damit setzte ein Prozess von Entrechtung und Verfolgung ein, der schließlich in der intendierten Vernichtung aller Sinti und Roma wie aller Juden in Europa endete.

Es hat in Deutschland Jahrzehnte gedauert, bis der Holocaust an den Sinti und Roma im NS-besetzten Europa durch die Bundesregierung im Jahr 1982 anerkannt wurde – als Ergebnis einer jahrzehntelangen Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma. Die Anerkennung des Völkermords an Sinti und Roma durch das Europäische Parlament vor drei Jahren im April 2015 war ein historischer Schritt für unsere Minderheit. Die Resolution benennt den 2. August als Europäischen Gedenktag an den Holocaust an Sinti und Roma, und sie fordert die EU-Mitgliedsländer dazu auf, den Völkermord ausdrücklich anzuerkennen.

Inzwischen gibt es auch weitere positive Entwicklungen in der Bekämpfung von Antiziganismus. Die Bundesregierung wird auf der Grundlage eines Entschließungsantrags des Deutschen Bundestages eine Unabhängige Expertenkommission Antiziganismus einberufen, wie sie der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma seit mehreren Jahren gefordert hat. Dieses Gremium soll die Ursachen,

Erscheinungsformen und Konsequenzen des Antiziganismus in Deutschland untersuchen und dafür Gegenstrategien entwickeln. Einmal pro Legislaturperiode soll ein entsprechender Bericht dem Parlament vorgelegt werden, auf dessen Grundlage die Bundesregierung weitere Gegenstrategien entwickelt. Bereits jetzt wurde für 2019 ein Budget von 500.000 € für die Expertenkommission eingestellt und wir begrüßen es außerordentlich, dass die Bundesregierung seit wenigen Jahren auch jährlich mehrere Millionen Euro in die politische Bildung über Antiziganismus investiert. Zudem wurde eine erste Forschungsstelle zum Antiziganismus an der Universität Heidelberg eingerichtet.

Die Entschließung des Europäischen Parlaments von Oktober 2017 empfiehlt den EU Mitgliedstaaten derartige Expertenkommissionen über Antiziganismus auf nationaler Ebene einzusetzen – sogenannte Kommissionen zur Wahrheitsfindung und Versöhnung. Ich fordere Sie dazu auf, diese Initiativen in die nationalen Parlamente zu tragen!

Die heutige Konferenz zeigt, dass die Bekämpfung des Antiziganismus auf der politischen Agenda angelangt ist. Sie ist auch eine Fortsetzung unserer ersten hochrangigen internationalen Konferenz zum Antiziganismus, die 2016 im Auswärtigen Amt in Berlin in Kooperation mit der OSZE und dem Europarat stattfand. Dabei wurde die wichtige Rolle der politischen Führungskräfte für die Bekämpfung des Antiziganismus erstmals thematisiert.

Auf dieser Konferenz wurde die Initiative für den Aufbau einer "Interparlamentarischen Koalition zur Bekämpfung des Antiziganismus" vorgestellt. Es wäre ein wichtiger Schritt, wenn unsere heutige Konferenz eine solche Koalition gegen Antiziganismus weiter vorantreiben kann, um die Mitglieder aus den nationalen Parlamenten, aus den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der OSZE, ebenso wie aus dem Europäischen Parlament regelmäßig zusammenzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entwicklung hin zu einem demokratischen Europa, zu der Demokratie, in der wir heute leben, war und ist keine Selbstverständlichkeit. Der Antiziganismus zielt genauso wie der Antisemitismus vordergründig auf die Angehörigen der Sinti und Roma wie der Juden, tatsächlich aber bedeuten sie einen Angriff auf die Demokratie, auf den Rechtsstaat und auf unsere gemeinsamen europäischen Werte. Vor allen Dingen deshalb muss der Antiziganismus in Europa endlich geächtet und konsequent bekämpft werden.

Hier sind wir alle gefordert und deshalb erwarten wir von der Europäischen Kommission und von den EU Mitgliedsstaaten, dass die Bekämpfung des Antiziganismus ein fester Bestandteil sämtlicher Handlungsstrategien, und damit zum Kern einer europäischen Rahmenstrategie für Roma nach 2020 wird.